

Frauen im „Honoratiorenparlament“: Weibliche Abgeordnete im Provinziallandtag Hessen-Nassau

„... wir sind leider Gottes noch nicht so weit, daß man immer etwas für selbstverständlich erachtet, wenn es die Frauen angeht“, kritisierte Anna Schultz, promovierte Juristin, Leiterin der Rechtsschutzstelle für Frauen in Frankfurt am Main und Mitglied der DDP in einer Debatte des Provinziallandtages der preußischen Provinz Hessen-Nassau im März 1921 die geltenden Regelungen zur Beamtenbesoldung.

Sie war eine von nur wenigen (und heute weitgehend unbekannt) weiblichen Abgeordneten, die im „preußischen Provinzialparlamentarismus auf hessischem Boden“ tätig waren. Sie vertritt damit auch eine Gruppe von Parlamentarierinnen, die trotz der Publikations- und Ausstellungs-„Flut“ anlässlich des hundertsten Jahrestages zur Einführung des Frauenwahlrechtes in Deutschland noch immer weitgehend „im Schatten“ stehen. Während die weiblichen Abgeordneten auf Reichs- bzw. Bundes- sowie auf Länderebene – wenngleich mit großen regionalen Unterschieden – inzwischen gut erforscht und unter verschiedensten Fragestellungen untersucht wurden, mangelt es noch immer an essenziellen Studien zur politischen Betätigung von Frauen in den unteren Ebenen des politischen Systems der Weimarer Republik – abgesehen vielleicht von Untersuchungen aus größeren Städten. Stadt- und Gemeindeparlamente, Kreistage oder aber die im Freistaat Preußen zwischen Kreis- und Landesebenen eingerichteten Provinzial- bzw. Kommunallandtage harren noch weitgehend einer Untersuchung bezüglich der Beteiligung von Frauen in diesen Gremien. Erste Stichproben zeigen, dass diese mittlere bzw. untere Ebene des politischen Systems in nicht wenigen Fällen praktisch unverändert blieben: So zogen zwar in den Städten (Marburg, Kassel, Frankfurt am Main etc.) bald nach der Novemberrevolution Frauen in die Stadtverordnetenversammlungen ein; bei den Wahlen zu hessischen Kreistagen gab es aber teilweise bis zum Ende der Weimarer Republik nicht einmal weibliche Kandidaten.

Der Provinziallandtag, der sich aus den Abgeordneten der Kommunallandtage in Kassel und Wiesbaden zusammensetzte und im Wesentlichen über Infrastruktur-, Besoldungs- und Fragen der Sozialfürsorge zu entscheiden hatte, war bis 1918 eher ein „Honoratiorenparlament“ und eine Vertretungskörperschaft der hessen-nassauischen Landräte. Bis zum Ende des Kaiserreichs indirekt über die Kreistage gewählt, wurde die Zusammensetzung nach 1918 durch direkte Wahlen nach dem neuen Wahlrecht abgehalten, wodurch Frauen erstmals die Chance hatten, in die Parlamente zu gelangen. Das angewandte Verhältniswahlrecht bedingte jedoch eine gute Positionierung auf den Wahllisten der Parteien.

Der Werkstattbericht, der einem Projekt zur hessischen Parlamentarismusgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts entspringt, will diese „mittlere“ Ebene in den Blick nehmen und das Wirken der weiblichen Abgeordneten im preußischen Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau analysieren. Welche Themen wurden durch sie besetzt? Welche beruflichen Vorerfahrungen brachten sie in ihr parlamentarisches Wirken ein? Wie positionierten sie sich – auch im Vergleich zu ihren männlichen Parteigenossen? Und: lässt sich eine „Remaskulinisierung“ auch in einem Parlament ablesen, dem es wichtig war, ein Ort des Wettstreites der Ideen statt der Parteiinteressen zu sein (eine Selbstsicht, die zu Beginn der Weimarer Republik mehrfach von verschiedenen – ausschließlich männlichen – Rednern betont wurde)?

Dr. Lutz Vogel, Hessisches Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Marburg